

Wirtschaftliche Prosperität als Religionsersatz im säkularisierten Europa

VON GÖTZ PLANER-FRIEDRICH

Mit dem endgültigen Scheitern des sozialistischen Experiments, dem immerhin zeitweilig 40 % der Weltbevölkerung unterworfen waren, sind kritische Analysen des wirtschaftlichen Status quo in der sogenannten Ersten Welt völlig obsolet geworden. Daß etwas faul sein könnte am siegreichen System der freien oder sogar sozialen Marktwirtschaft, will nun wirklich niemand mehr hören. Dabei waren die sozialphilosophischen Ideen und polit-ökonomischen Analysen eines Marx oder Engels nicht nur ein „Pfahl im Fleische“ des Kapitalismus, den es unter allen Umständen galt herauszureißen. Sie waren auch ein produktiver Anreiz, immanente Systemveränderungen vorzunehmen und die Sozialverträglichkeit zu verbessern. Wenn jetzt die Bevölkerung der bisher realsozialistisch experimentierenden Länder Europas um jeden Preis in die kapitalistische Marktwirtschaft zurückkehren will, verschwindet auch dieses kritische Potential.

Die uneingeschränkte Zuwendung der vom Sozialismus reichlich Geschädigten zum marktwirtschaftlichen Kapitalismus (der sich freilich so nicht mehr ansprechen lassen will) hat nicht nur dessen Apologeten von jedem weiteren Legitimationsdruck befreit. Sie erfolgt außerdem zu einem Zeitpunkt, da die industrielle Zivilisation in eine ernste Krise geraten ist. Damit meine ich nicht nur, daß die „Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome 1971) erreicht bzw. überschritten sind. Inzwischen sind auch die ökologischen Folgewirkungen dieser Produktionsneurose bereits erkennbar, und sie werden sich mit Sicherheit ausweiten und verschärfen. Es besteht nach all den euphorisch begrüßten „Entwicklungsdekaden“ nicht mehr der geringste Zweifel daran, daß das Elend in der sogenannten Dritten Welt zunimmt, anstatt sich zu verringern. In beiderlei Hinsicht – ökologisch wie entwicklungspolitisch – steuert das Marktsystem auf Crash-Kurs. Die regierenden Politiker zeigen keine Bereitschaft, das Ruder herumzuwerfen. Das politische Instrumentarium reicht dazu auch nicht aus, solange Besitzstandswahrung bei der Wahlbürgerschaft höchste Priorität genießt.

Es könnte sich als fataler Irrtum erweisen, den Untergang des politisch wirksamen Kommunismus nur als Sieg der Demokratie über die Diktatur und der Marktwirtschaft über die Planwirtschaft zu interpretieren. So kann man die jüngsten Ereignisse durchaus verstehen. Aber das reicht nicht aus!

Die Kommunisten hatten nämlich auch auf den unendlichen Fortschritt von Wissenschaft und Technik gesetzt; sie hatten „auf Teufel komm raus“ industrialisiert – ohne Rücksicht auf Landschaft, Menschen und Ressourcen. Diese Erblast ist ein Pulverfaß, das sich zu den bestehenden Altlasten und fortschreitenden Beschädigungen unseres Lebensraums westlich der ehemaligen europäischen Demarkationslinie addiert. Die Menschen in den vormals sozialistischen Ländern Europas leben in der Vorstellung, im Westen sei alles in Ordnung. Ihnen bietet sich nach dem alten Denkmuster nur eine einzige Alternative an: entweder Absturz in die Dritte Welt oder Aufstieg in die Erste. Die Zweite haben sie ja gerade verabschiedet.

Nimmt man diese sehr verkürzte Bestandsaufnahme als Ausgangspunkt der Situation in Europa, dann ist aus ökumenischer Perspektive die Trias des konziliaren Prozesses so aktuell wie kaum zuvor: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Daß es im Augenblick so still darum geworden ist, hat nicht nur mit den sich überschlagenden politischen Ereignissen zu tun. Da die drei Begriffe häufig als moralische Schlagworte benutzt wurden, hat sich ihr appellativer Charakter an der scheinbar unverbesserlichen Realität abgenutzt. Theologisch betrachtet tragen sie freilich eine Verheißung in sich, die nur im „konziliaren“ Ansatz dieses ökumenischen Prozesses angemessen zur Geltung gebracht werden kann. Es geht eben – lutherisch ausgedrückt, nicht um Gesetz, sondern um Evangelium; oder besser: um die Dialektik von Gesetz und Evangelium. Das beschreibt m. E. auch am besten die Aufgabe der Kirchen im europäischen Einigungsprozeß, nicht „Evangelisation“ zu betreiben, ohne die dringenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Veränderungen damit einzuklagen, die wir aus der Verantwortung vor Gott anzusprechen haben; aber auch nicht auf der politischen Bühne in Erscheinung zu treten, um andere *mores* zu lehren, ohne wenigstens von der Verheißung zu reden, von der die Kirche lebt und die sie allen Menschen zu bringen schuldig ist.

Gemeinwohl und Eigennutz

Das ökonomische Grundgesetz, dem seit Adam Smith Theoretiker wie Praktiker des Marktes gläubig anhängen, lautet: Das Gemeinwohl ist ein Produkt des Eigennutzes aller Teilnehmer des Marktes. „Die unsichtbare Hand... setzt einen Mechanismus in Gang, worin die Habsucht das Hauptmotiv menschlicher Handlungen wird.“ (Leszek Kolakowski, Hoffnung in der Misere. In: Evangelische Kommentare 3/92, S.172). Was so viele moralisch argumentierende Kritiker des gegenwärtigen Weltwirt-

schaftssysteme beklagen, daß nämlich menschliche Werte aus dem wirtschaftlichen Verhalten ausgeschlossen werden, hat hier seine Ursache. Philosophische wie religiöse Ethiken haben seit alters den Egoismus angeklagt, für Ungerechtigkeit und Beeinträchtigung der allgemeinen Wohlfahrt verantwortlich zu sein. Indem Adam Smith den ökonomischen Egoismus als Triebfeder wirtschaftlicher Prosperität entdeckt, wird die hergebrachte Morallehre auf den Kopf gestellt, so scheint es. In Wirklichkeit wird aber nur die Ethik aus der Wirtschaftstheorie verbannt, um sie am Ziel – der Erreichung des allgemeinen Wohlstands – wieder einzuholen. Es ist der Trick dieser „zynischen Vernunft“ (Sloterdijk), die unmoralischen Antriebe der menschlichen „Natur“ zur Erreichung moralischer Zwecke einzusetzen. Oder theologisch ausgedrückt: das pecca fortiter zum kategorischen Imperativ der ökonomischen Vernunft zu erheben, auf daß die Gnade allgemeinen Wohlstands unter uns um so wirksamer werde.

Diese theologische Transformation der Philosophie des freien Marktes macht den zynischen Charakter derselben offenbar. Dennoch ist nicht vollends zu leugnen, daß sie einen entfernten Zusammenhang mit der evangelischen Rechtfertigungsdogmatik aufweist. Schließlich hat ja Luther gelehrt, daß die Menschen allzumal Sünder und durch keine moralische Anstrengung zum Guten fähig seien. Demzufolge sind alle „guten Werke“ nichtig: Der Gerechte wird seines Glaubens leben (Gal 3). Also folgt der Christenmensch in seinem Alltag jenen Prinzipien natürlicher Vernunft, die weder a priori sündig noch gnadenreich sind und vertraut in seinem Herzen auf die unverdiente Gnade Gottes, die den Sünder schließlich rechtfertigt.

Der Verkürzung dieser Darstellung eines anspruchsvollen theologischen Denksystems bin ich mir bewußt. Ich will auch nicht unterstellen, Adam Smith habe sich in die lutherische Rechtfertigungslehre vertieft, bevor er sein epochales Werk „Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“ (1778) geschrieben hat. Immerhin hat er seine Wirtschaftstheorie als Lehrer der Logik und der Moral geschrieben. Was der geistesgeschichtliche Vergleich zeigen sollte, ist allein dies, daß moralische Appelle an die Adresse derer, die diese Wirtschaftstheorie verinnerlicht haben und offensichtlich erfolgreich praktizieren, am Kern des Problems vorbeigehen und die derart Handelnden nicht erreichen. Diese können nämlich mit Recht darauf verweisen, daß sie unter Umständen außerhalb des Konkurrenzkampfes im Marktgeschehen hohen ethischen Prinzipien verpflichtet sind, beachtliche Spenden für die Armen aufbringen, Kultur fördern und kirchliche Aktivitäten unterstützen. Zwar erinnert diese Argumentation fatal an die eines Soldaten, der meint, er töte ja nur, um Leben zu retten, weshalb

man ihn auch nicht einen „potentiellen Mörder“ nennen dürfe. Aber bei dem haben unsere Großkirchen bis heute kaum widersprochen. Deshalb sehen sie auch keine Veranlassung, die „freie Marktwirtschaft“ – zumal wenn sie „sozial abgefedert“ ist – einer kritischen theologischen Überprüfung zu unterziehen.

Die Denkschrift der EKD „Gemeinwohl und Eigennutz“ (Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft, Gütersloh 1991) ist zweifellos als eine solche Auseinandersetzung mit dem bestehenden Wirtschaftssystem gedacht. Sie enthält neben einem einleitenden zunächst ein beschreibendes Kapitel, das an einen Volkshochschulkurs über Marktwirtschaft erinnert. Dann folgt ein Kapitel, das „christliche Perspektiven“ und „biblische Motive“ enthält. Das 4. Kapitel, das Ergebnisse und Folgerungen ankündigt, subsummiert diese bezeichnenderweise unter der Überschrift: „Zukunftsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft“. Der Zusammenhang zwischen dem bloß beschreibenden und dem ethisch motivierenden Teil ist schwer zu erkennen. Dadurch drängt sich der Eindruck auf, auch innerhalb der EKD werde die Meinung der gängigen wirtschaftswissenschaftlichen Lehre geteilt, ökonomisches Handeln folge quasi naturgesetzlichen Prinzipien, die durch ethische Forderungen ebensowenig beeinflussbar seien, wie man dem Wolf abgewöhnen könne, das Lamm zu reißen. Wenn natürlich der Mensch des Menschen Wolf ist (*homo homini lupus*), dann hat die davon abgeleitete Ökonomie die Aufgabe, diese Gegebenheit in Brutto-sozialprodukt zu verwandeln. Es fällt im übrigen schon auf, daß die Wirtschaftswissenschaften wohl die Kosten kalkulieren (wenn auch bekanntlich nicht alle), aber keine Studien über die Opfer wirtschaftlicher Prozesse anstellen. Genau dies müßte aber die Aufgabe der Kirchen sein, wenn sie sich mit ökonomischen Fragen auseinandersetzen. Ansatzweise geschieht das auch in der genannten Denkschrift der EKD. Doch solange die Kirche mit den Wirtschaftsexperten darin übereinstimmt, daß diese nur unbeeinflussbare Gesetze beschreiben und handhaben, bleiben alle nachfolgenden ethischen Appelle schwach und wirkungslos.

Dagegen hat bereits E. F. Schumacher in „Small is Beautiful“ (dtsch: Die Rückkehr zum menschlichen Maß, Reinbeck bei Hamburg 1977) entschiedene Zweifel geäußert, ob die Wirtschaftswissenschaften überhaupt exakte Wissenschaften seien. Oder mit Schumachers eigenen Worten: „Das Urteil der Wirtschaftswissenschaft ist ... ein überaus bruchstückhaftes Urteil“ (38). Das „vollständige Außerachtlassen qualitativer Unterscheidungen“ mache zwar das Theoretisieren einfach, aber „zugleich auch ... gänzlich unfruchtbar“ (43). Und weiter meint Schumacher: „Die wirklich wichtigen

Dinge des Lebens lassen sich nicht berechnen . . . Philosophie, Kunst und Religion kosten sehr, sehr wenig Geld. . . . Raumforschung oder Quantenphysik sind sehr teuer, liegen aber doch den wirklichen Bedürfnissen des Menschen eher fern“ (60f). Solche nüchternen Argumente, die eines Theologen würdig wären, vermisste ich in den wirtschaftsethischen Dokumenten der Kirchen. Heute haben sich auch die Kirchen darauf eingelassen, daß das Marktgeschehen mit Gewinnmaximierung, daß Eigennutz als Antriebskraft der Produktivität und quantitatives Wirtschaftswachstum als *conditio sine qua non* des allgemeinen Wohlstands unabänderliche Gesetzmäßigkeiten des Wirtschaftsprozesses seien. Wer sich dagegen moralisch entrüste, beweise nur, daß er oder sie von Ökonomie nichts verstehe und deshalb lieber den Experten das Feld überlassen solle.

Kirche und Wirtschaft

Angesichts der Verschärfung marktwirtschaftlich produzierter Ungerechtigkeiten durch die Vereinigung von BRD und DDR empfiehlt nun die Denkschrift der EKD ihren Mitgliedskirchen das folgende (Par.199): „Kräfte gegen die Resignation zu mobilisieren, sich seelsorgerlich und diakonisch der Verzweifelten und in Not Geratenen anzunehmen, . . . die Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit wirtschaftlichen Handelns zu erinnern und dabei vor allem ‚den Mund aufzutun für die Stummen‘ (Spr. 31,8), also Anwalt für die sozial Benachteiligten im eigenen Land, . . . zu sein.“

Wer bisher als kritischer Christ und Zeitgenosse in einem System des realen Sozialismus gelebt hat, ist erstaunt, wie verblüffend ähnlich „Kirche im Sozialismus“ von den Inhabern der Macht ihrem eigenen Legitimationsmuster zugeordnet wurde. Die Kommunisten waren allemal hochofrend, wenn Kirche gegen Resignation und Pessimismus predigte. Sie wurde sogar ausdrücklich aufgefordert, etwas zur Motivation der Menschen beim sogenannten Aufbau des Sozialismus beizutragen. Als der Schlendrian in den volkseigenen Betrieben überhand nahm und die von Rudolf Bahro (Rudolf Bahro, *Die Alternative*, Köln und Frankfurt 1977) so charakterisierte „organisierte Verantwortungslosigkeit“ das Arbeitsethos aushöhlte, wurde sogar Luther zitiert und seine Berufsethik als vorbildlich herangezogen. Schließlich lobten die kommunistischen Machthaber die diakonische Arbeit der Kirchen und vertrauten ihnen zur eigenen Entlastung die notdürftige Sorge um Behinderte, Pflegebedürftige und Sterbende an. Damit wirken Kirchen immer systemstabilisierend – ob sie es beabsichtigen oder nicht. An die

machtbesetzten Strukturen dürfen sie aber nicht rühren; und das gleiche gilt gemäß EKD-Denkschrift nun auch in der Marktwirtschaft.

Gerade die deutschen Kirchen sind unmittelbar Nutznießer der Wachstumswirtschaft, weil sie via Kirchensteuer ihren eigenen finanziellen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg erhalten. Das versetzt sie in die Lage, eine aufwendige volkscirchliche Betreuungsstruktur aufrecht zu erhalten, selbst wenn der Trend zur Kirchenferne unter der Bevölkerung anhält. Das Subsidiaritätsprinzip ermöglicht es ihnen zudem, als Träger sozialer, pädagogischer und anderer Bildungsangebote in Erscheinung zu treten, wofür allerdings allgemeine Steuermittel zur Finanzierung herangezogen werden. Nicht zu vergessen, daß die evangelischen Kirchen in Deutschland im Stande sind, ökumenische Organisationen, Hilfswerke und Entwicklungsprojekte mit beachtlichen Geldmitteln auszustatten. Ungezählte Menschen – nicht nur in Deutschland – verdanken ihren Arbeitsplatz oder wenigstens Anteile ihrer Lebenserhaltung diesem Reichtum deutscher Kirchen. Auch KritikerInnen des ökonomischen Wachstumsdenkens, dem dieser Reichtum geschuldet ist, profitieren noch davon.

Doch es ist abzusehen, „daß diese Mentalität unendlicher Erwartungen bald an die harte Mauer der Wirklichkeit stoßen wird. Diese Wand wird stufenweise, aber unbeugsam von den ökologischen und demographischen Bedrohungen gebaut“ (Kolakowski, a.a.O., S. 173). Das wissen im Grunde alle. Aber die meisten flüchten noch immer aus der bedrohlichen Wahrnehmung dieser Realität in die pseudoreligiöse Verheißung eines automatisch ansteigenden Wohlstands bei Befolgung sogenannter marktwirtschaftlicher Gesetze.

Ulrich Duchrow hat die keineswegs nur rhetorisch gemeinte Frage gestellt, ob die Weltwirtschaft heute nicht ein Feld für „Bekennende Kirche“ darstelle (Weltwirtschaft heute. Ein Feld für Bekennende Kirche?, München 1986). In seinem Einleitungsreferat zum Problembereich VI auf der 6. Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983 sagte er u.a.: „Ich erhoffe mir ... von dieser Vollversammlung, daß wir nicht nur gegen Apartheid und Massenvernichtungsmittel, sondern auch gegen das gegenwärtig tödliche Weltwirtschaftssystem und seine pseudochristlichen Begründungen ein klares Bekenntnis ablegen. ... Dies ist nicht mehr nur eine Frage des Handelns, sondern des Glaubens an Gott den Herrn, und die Frage, ob wir als Kirche in Christus leben und dieses Leben weitergeben“ (a.a.O. S. 120).

Duchrow stützt sich bei seinen theologisch-ökonomischen Urteilen vorwiegend auf lateinamerikanische Kritiker des kapitalistischen Wirtschafts-

systems. Deren Beobachtungen und Reflexionen decken sich in bedrückender Weise mit Erfahrungen, die jetzt „vom Sozialismus befreite“ Menschen in Osteuropa machen. Die „Metaphysik des Marktes“ (Franz Hinkelammert) degradiert den Menschen zum Objekt eines marktwirtschaftlichen „Nurrechts“. Handelndes Subjekt des Marktes ist die anonyme Macht der Kapitalströme. Wer dieser Macht gehorcht, ist a priori schuldlos. Die Akteure dieses ehernen Marktgesetzes unterliegen ebensowenig ethischen Maßstäben, wie Ebbe und Flut oder Sommer und Winter.

Hier deckt sich die Kapitalismuskritik von Karl Marx mit der der lateinamerikanischen Befreiungstheologien: Die Subjektrolle im Wirtschaftsgeschehen wird auf das abstrakte Kapital übertragen, das nun seinerseits den Menschen zum Objekt des Marktgeschehens degradiert. Die Schlußfolgerung muß sein, den Menschen als handelnden und bedürftigen Individuen und Gruppen wieder Priorität in der Ökonomie einzuräumen. So weit die Gemeinschaft!

Die Marxisten zogen aus dieser Einsicht die Konsequenz, das Kapital überhaupt zu beseitigen und damit die Ausbeutung der Produzenten durch die Akkumulation des Mehrwerts in der Hand der Kapitaleigner abzuschaffen. Und weil sie Religion nur als Nebenprodukt unbefriedigender Zustände betrachteten, rechneten sie damit, daß mit dem Verschwinden des Kapitals als Ursache ausbeuterischer Zustände auch Religion als solche überflüssig wird und abstirbt.

Ganz anders ist der Denkansatz der Befreiungstheologien als Folge ihrer Kapitalismuskritik. Für sie ist die metaphysische Erhöhung von Markt und Kapital schlicht: Götzendienst. „Wir leben in einer Welt voller Götzendienst im wirtschaftlichen, im gesellschaftlichen, im politischen, im kulturell-ideologischen und im religiösen Bereich“, schreibt Pablo Richard (in: Hugo Assmann et al., Die Götzen der Unterdrückung und der befreiende Gott. Münster 1984, S.37). „Wir leben zertreten von den Götzen eines unterdrückenden und ungerechten Systems“. Hugo Assmann macht auf die religiöse Sprache aufmerksam, die in wirtschaftlichen Zusammenhängen benutzt wird. Das „Andachtsobjekt“ ist die „unsichtbare Hand“ des sozial-ökonomischen Mechanismus, das „Räderwerk Ware, Geld, Markt und Kapital“ (ebd. S.112). Durch dieses imaginäre religiöse Subjekt wird das Laster der Habgier zur Tugend des Marktes rehabilitiert (vgl. Eph 5,5, Kol 3,5 „... Habsüchtiger, das ist ein Götzendiener...“). Wer sich dem Markt unterwirft und der Tugend der eigenen Bereicherung folgt, wird am Ende durch ein „Wirtschaftswunder“ belohnt, während jene, die „am Markt vorbei produzieren“ oder den Gesetzen des Marktes nicht gehorchen, der Verdammnis anheim fallen.

Duchrow folgert: „Der befreiungskirchliche Ansatz ist dem der Beken-
nenden Kirche verwandt“ (a.a.O., S. 202). Diese Verwandtschaft erkennt er
in der 1. These der Barmer Theologischen Erklärung von 1934, in der es
heißt: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als
Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Wort Gottes auch
noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes
Offenbarung anerkennen.“ Dieser Verwerfungssatz richtete sich seinerzeit
gegen die sogenannten Deutschen Christen, die Volk und Führer zu weite-
ren Offenbarungsquellen des göttlichen Willens aufwerteten.

Nach meinem Dafürhalten liegt die Sache mit der religiösen Verklärung
marktwirtschaftlicher Strukturen und Elemente um einiges komplizierter.
Die Vertreter des marktwirtschaftlichen Systems und seine Nutzer geben ja
gar nicht vor, damit Religion zu betreiben. Viele verstehen sich sogar als
anständige Christen und berufen sich mit einigem Recht darauf, daß sie mit
ihren Steuern auch die Kirche erhalten. Ihr wirtschaftliches Gebaren habe
nicht nur nichts mit ihrem Glauben zu tun, meinen sie, sondern diene auch
noch dem Wohle der Kirche. Daß diese Ansicht so weit im Protestantismus
verbreitet ist und kirchliche Akzeptanz erfährt, hat u. a. mit einem neu-
lutherischen Mißverständnis der Zwei-Reiche-Lehre zu tun, wie U. Duchrow
richtig feststellt (a.a.O., S. 21 bis 35). Dagegen hatte ebenfalls die Barmer
Erklärung Stellung bezogen, indem sie im Verwerfungssatz der 2. These die
„falsche Lehre“ ablehnt, „als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir
nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären“.

Evangelisierung und konziliarer Prozeß

Somit geht es um die Korrektur eines theologischen Denkmodells, das
ursprünglich – in der Reformation – die Klerikalisierung der Gesellschaft
verhindern sollte, nun aber zu deren Entchristlichung geführt hat. Je mehr
sich die Kirche aus den gesellschaftlich wichtigen Fragen zurückzieht, um
so uninteressanter wird sie für die Menschen. Gleichzeitig besetzen andere
die von der Kirche aufgegebenen Felder des gesellschaftlichen Lebens und
füllen sie mit neuen Sinngehalten. Diese nehmen in der säkularen Gesell-
schaft ihrerseits religiösen oder pseudoreligiösen Charakter an. Das ist die
wahre Konsequenz dessen, was wir Säkularismus nennen. Ebendies scheint
mir auf dem Gebiet der Wirtschaft geschehen zu sein: Die Kirchen überlas-
sen den angeblichen Experten nicht nur diesen wichtigen Sektor des
gemeinschaftlichen Lebens; im allgemeinen liefern sie ihnen sogar noch die
Legitimation dafür, sich als die allein Zuständigen zu fühlen. Die Wirt-

schaftsexperten ihrerseits umgeben sich mit der Aura des Propheten; sie werden „die Weisen“ genannt und mitunter wie Gurus verehrt. Indem die Kirchen ihnen nicht einmal diese Attitüde vernehmbar absprechen, nehmen sie sogar aktiv am Säkularisierungsprozeß teil, der in Wahrheit eine schleichende Unterwanderung des christlichen Glaubens durch neue Glaubensinhalte ist.

Schon Jean-Jaques Rousseau rechnete damit, daß die säkulare Gesellschaft einer Bürger- oder Zivilreligion bedürfe. Robert N. Bellah hat sie in den sechziger Jahren für die USA beschrieben, – eine Religion ohne Bekenntnis, die zwar mit christlichen Versatzstücken ausgestattet ist, in der jedoch christliche Worte neue Inhalte transportieren und andere ethische Maßstäbe vermitteln. Das ist in der Kirchengeschichte kein einmaliger Vorgang. Ähnliche Erscheinungen haben zu theologischen Revisionen, kirchlichen Reformen oder eben zur Reformation geführt.

Die meisten Kirchen sehen sehr wohl die negativen Erscheinungen, Zunahme des Elends, die Naturbeschädigung, die Ressourcenverschwendung etc., die mit der gängigen Art des Wirtschaftens einhergehen. Aber sie machen den andächtigen Verehrern des freien Marktes nicht den religiösen Anspruch streitig, den sie dafür unausgesprochen geltend machen. Oder anders ausgedrückt: Sie behandeln dieses Gebiet allein als ein ethisches Problem, dem durch Appelle an die moralische Gesinnung der einzelnen beizukommen sei. Bezeichnend dafür ist, daß die in Vancouver 1983 eingebrachte Idee eines „konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ (JPIC) bereits im Vorbereitungsprozeß der Europäischen Versammlung in Basel und erst recht bei der Weltversammlung 1990 in Seoul um die ekklesiologische Kategorie der Konziliarität gebracht wurde. Höchst respektable Förderer dieses Prozesses, wie Carl Friedrich von Weizsäcker, haben sogar im Anschluß an Seoul bedauert, daß zu viel Theologie in die Papiere eingeflossen sei. Demgegenüber bin ich der Meinung, daß die Kirchen weniger moralisieren und dafür entschiedener der Frage nachgehen sollten, wo hier die missionarische Aufgabe der Kirche und die Verantwortung der christlichen Theologie gegenüber dem Evangelium liegt.

Wenn es mit dem missionarischen Konzept der Re-evangelisierung Europas, wie es nicht nur der Papst, sondern ähnlich auch der LWB propagiert, etwas auf sich hat, dann kann es nicht nur um das Auffüllen kirchlicher Statistiken gehen. Alle Anstrengungen zu einer Evangelisierung des säkularisierten Europa bleiben bedeutungslos, zielen sie nicht auf eine Änderung von Einstellungs- und Handlungsmustern gerade im ökonomischen

Bereich. Weil diese in der sogenannten „westlichen Wertegemeinschaft“ eine pseudoreligiöse Aufladung bekommen haben, geht es dabei um theologische Klärung und religiöse Aufklärung. Das ist ein Vorgang, der in der Kirche selbst beginnt. Als „konziliarer Prozeß“ hat er den *magnus consensus* zum Ziel, der seinerseits die Ausstrahlung der Kirche im „gemeinsamen europäischen Haus“ begründet.

Ethische Orientierungen für den EG-Binnenmarkt

VON WOLF-DIETER JUST

„50 Jahre nach Ausbruch des letzten Weltkriegs stellen wir jetzt das wachsende Bedürfnis fest, die Spaltung Europas zu überwinden. Sowohl innerhalb unserer Länder als auch über die Ländergrenzen hinweg kritisieren viele – auch viele Christen –, daß diese Strukturen Frieden und Gerechtigkeit nicht hinreichend garantieren und nicht geeignet sind, der Bedrohung der Schöpfung mit Nachdruck und Phantasie entgegenzutreten.“

So stand es in der Schlußerklärung der Europäischen Ökumenischen Versammlung von Basel im Mai 1989 (Ziff. 50). Seitdem hat sich die politische und ökonomische Landschaft des Kontinents in atemberaubendem Tempo verwandelt. Die politisch-ideologische und militärische Spaltung in Europa ist überwunden. Warschauer Pakt und Comecon haben sich aufgelöst, die Sowjetunion hat aufgehört zu existieren, Rußland erwägt einen Beitritt zur NATO, Deutschland ist wiedervereinigt, die osteuropäischen Länder führen die Marktwirtschaft ein, die meisten wollen der EG assoziiert werden. Niemand in Basel hätte auf eine solche Entwicklung zu hoffen gewagt. Trotzdem mag man fragen, ob der zitierte Satz damit überholt ist. Sind wir durch die neuen Strukturen in Europa den ersehnten Zielen des Friedens und der Gerechtigkeit wesentlich nähergekommen, wird der Bedrohung der Schöpfung heute wirksamer begegnet? Und vor allem: Ist die Spaltung Europas tatsächlich überwunden oder begegnet sie nur in neuer Gestalt? Die Freude über den Fall kommunistischer Diktaturen ist rasch verflogen: Nationalitätenkonflikte fast überall im Osten und Südosten Europas, Krieg in Jugoslawien, eine katastrophale Versorgungslage in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion mit unabsehbaren politischen Risiken, ungeklärt die Fragen, was aus dem Militärpotential wird, wer die Atomwaffen und vor allem das entsprechende „Know-how“ kontrolliert.